

untersuchen als empirischen Gegenstand die Konflikte um die *Ehe für alle* und rekonstruieren die diskursiven Stränge, mittels derer antifeministische Akteur*innen ein partikulares Verständnis von Familie als Teil eines autoritär-repressiven Projekts zu etablieren versuchen.

In der Zusammenschau macht der Band mit seinem Schwerpunkt auf Akteur*innen und Diskurse auf die Vielfältigkeit des Phänomens (daher „Antifeminismen“ im Plural), aber auch auf Zusammenhänge und Überschneidungen aufmerksam. Aktuelle Antifeminismen stellen eine ernstzunehmende politische Gefahr dar, weshalb eine wissenschaftliche Auseinandersetzung ebenso notwendig ist wie pädagogische Aufklärungsarbeit und politische Interventionen. Der vorliegende Band hat hier mit seinen empirischen Einzelstudien und der gesellschaftstheoretischen Perspektive einen wichtigen Auftakt gemacht zur Frage, inwieweit Antifeminismen als Ausdruck gesellschaftlicher Krisentendenzen zu begreifen sind. Weiteren Forschungsbedarf sehe ich hinsichtlich folgender Themen: der Wirkung und Reichweite antifeministischer Mobilisierungen, hierzulande und in transnationaler Perspektive; der systematischen Aufbereitung historischer Kontinuitäten und nicht zuletzt der (kapitalismuskritischen) Einordnung antifeministischer Kämpfe in die Geschichte des Feminismus als dessen unintendierte Nebenfolge. Mit letzterem ist gemeint, dass antifeministische Reflexe einerseits als eine Reaktion auf die Erfolge des Feminismus zu deuten sind und andererseits als ein Zerfallsprodukt eines Feminismus, der sich zunehmend diversifiziert und dabei kommerzielle und exklusive Varianten wie Marken- oder Elitenfeminismen mit hervorgebracht hat.

Annette Henninger, Ursula Birsl (Hg.), 2020: Antifeminismen. „Krisen“-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential. Bielefeld: transcript Verlag. 434 S., ISBN 978-3-8376-4844-7.

Sammelrezension: Rechtspopulismus, Religion und Geschlecht

INA KERNER

In den zahlreichen Publikationen zu Rechtspopulismus und Geschlecht, die in den letzten Jahren erschienen sind, kommen am Rande auch Religionsgemeinschaften vor. In den beiden besprochenen Bänden steht Religion explizit im Zentrum. „Anti-Genderismus in Europa“ entstand im Kontext des Grazer Forschungsprojekts „Widerstand erforderlich? – Identitäts- und Geschlechterkämpfe im Horizont von Rechtspopulismus und christlichem Fundamentalismus heute“, das von den katholischen Theologinnen *Sonja Angelika Strube* und *Rita Perintfalvi* geleitet wurde; der Band „*Illiberal Politics and Religion in Europe and Beyond*“ verdankt sich dem Exzellenzcluster „Religion und Politik“ an der Universität Münster. Geschlechter-

fragen werden in diesem politikwissenschaftlich ausgerichteten Buch teilweise versteckt unter dem Label der „morality politics“ (26) verhandelt. Dennoch lässt sich auch hier einiges lernen, nicht zuletzt der Begriff der „politischen Genderphobie“, den *Anja Hennig* einführt, um die Angst- und Affektgeladenheit rechten Widerstands gegen Geschlechtergleichstellung und nicht-heterosexuelle Lebensweisen einzufangen (382). Anders als der Begriff des Anti-Genderismus wird hier das reaktionäre Wortungetüm des ‚Genderismus‘ nicht wiederholt.

Doch zunächst zurück zu „Anti-Genderismus in Europa“, einem Band, der geographisch auf Ost-Mitteleuropa und das vatikanische Rom konzentriert ist und thematisch einen weiten Bogen schlägt von Homophobie bis zum Umgang mit Corona, von Folklore bis zu Angriffen auf die Wissenschaft, von hegemonialer Männlichkeit über Wut bis hin zu Widerstand und feministischem Online-Aktivismus. Die Beiträge sind zu heterogen, als dass sie auf einen einzelnen gemeinsamen Nenner gebracht werden könnten. Dennoch fällt auf, dass in vielen von ihnen die einende Kraft der Anti-Gender-Rhetoriken betont und mit je unterschiedlichen Begriffen benannt wird. Gender wird als „leerer Signifikant“ und als „Scharnierdiskurs“ (*Stefanie Mayer*, 36) konzipiert, als „Containerbegriff“ (Strube, 54) und als „symbolic glue“ (Perintfalvi, 174); und die vom Vatikan ins Spiel gebrachte „Gender-Ideologie“ als „Sammelbegriff“ (*Jadranka Rebeka Anić*, 160). Interessant dabei ist die von Strube mit Bezug auf Deutschland getroffene Feststellung, dass die genannten Diskurscontainer nicht nur verstreute Positionen zu vereinen helfen, sondern dabei auch politisch-ideologische Differenzen überwinden. Die katholischen Bischöfe nämlich begegnen politisch rechtsgerichteten Gruppierungen eigentlich mit Ablehnung – im Anti-Gender-Container sind sie über ihre gegen Schwangerschaftsabbrüche und oft auch gegen Homosexualität gerichteten Einstellungen dennoch mit diesen Gruppierungen vereint (52).

Die Beiträge zu Serbien und Kroatien verdeutlichen die analytische Bedeutung transnationaler Faktoren. *Nicole Navratil* diskutiert die enge Verbindung zwischen homophoben und anti-westlichen Diskursen in Serbien. Da die Anerkennung von LGBT-Rechten zu den EU-Beitrittskonditionen zählt, werden diese zum Kampffeld: zwischen einem der EU zugewandten pluralistischen Lager und einem durch slawophile Diskurse und die serbisch-orthodoxe Kirche beeinflussten nationalistischen Lager. Kroatien wiederum ist mehrheitlich katholisch und der kroatische Katholizismus der Gegenwart überwiegend anti-gender (168). *Jadranka Rebeka Anić* führt dies vor allem auf die kroatische Tradition eines „politischen Katholizismus“ zurück (163): eine theologisch reaktionäre und politisch fundamentalistische Ausrichtung der Religion, die in der Zeit des Staatssozialismus als systemkritisches Sammelbecken diente und nach 1990 durch Remigrant*innen Auftrieb bekam, die eine konservative Revolution anstreben und ein enges zivilgesellschaftliches Netzwerk unterhalten, das sich gegen Gender positioniert.

In Ungarn speist sich die „unheilige Allianz zwischen politischem Autoritarismus und christlich-religiösem Fundamentalismus“ (173) Perintfalvi zufolge ebenfalls aus

einer antiliberalen, antipluralistischen, antidemokratischen und gegen Gender gerichteten Haltung der katholischen Kirche, die eher Orbán folge als dem Papst (177). Den Schulterchluss mit Kirche und katholischer Partei suchte die anfangs noch antiklerikale Fidesz-Partei erst nach der Millenniumswende – zum Zweck der Konstruktion einer christlich basierten nationalen Identität. Ein Gesetz von 2011 stellte die Religionsgemeinschaften Ungarns dann unter parlamentarische Kontrolle. Perintfalvi charakterisiert diesen Prozess als Instrumentalisierung der Religion durch die Politik und spricht von einer „Entsakralisierung der Religion“ zugunsten einer „Sakralisierung der Politik“ (181), die einen quasi-heiligen Krieg gegen die liberale Demokratie ermögliche. Nimmt man die Ausführungen von *Andrea Pető* hinzu, ist es allerdings nicht der Staat, der die Kirche kontrolliert, sondern der Illiberalismus, der den Staat in Geiselnahme nimmt. Der ungarische Staat sei zu einem „Polypor-Staat“ (194) verkommen, der – strukturell einem Baumpilz gleich – keine Agenda außer dem eigenen Machterhalt hat und seine Inhalte dem Illiberalismus entnimmt. Weitere Beiträge widmen sich globalen Anti-Gender-Allianzen. *Kristina Stoeckl* skizziert eindringlich den „World Congress of Families“, eine geschlechterpolitisch reaktionäre Lobbyorganisation aus evangelikalen Kräften aus den USA, der Russisch-Orthodoxen Kirche und rechter europäischer Katholik*innen. Ferner werden die geschlechtertheoretischen Schriften des Vatikans besonders kritisch gewürdigt. Der englischsprachige Band „Illiberal Politics and Religion in Europe and Beyond“ ist systematischer angelegt. Er versammelt Länderstudien mit der gemeinsamen Fragestellung, auf welche Weise christliche Kirchen und illiberale politische Kräfte verwoben sind. Gegenseitige Instrumentalisierungen – Prozesse des Hijacking in der Terminologie des Bandes – erscheinen auch hier zentral. Das übergreifende Ergebnis der auf europäische Länder, Brasilien und die USA bezogenen Fallstudien ist dabei die Identifizierung von drei Varianten des Hijacking: das Hijacking der illiberalen Potentiale der Religion durch politische Akteure, das Hijacking illiberaler Aspekte der Politik durch religiöse Akteure sowie das Hijacking liberaler Werte durch religiöse bzw. politische Akteure – etwa mit dem Ziel, das eigene (vermeintlich) egalitäre Geschlechterregime gegen hypostasierte muslimische Geschlechterhierarchien auszuspielen. Obwohl Geschlechterfragen in den meisten Beiträgen eine untergeordnete Rolle spielen, ist die Aufschlüsselung der verschiedenen Formen der Instrumentalisierung – neben den vielen empirischen Details – auch für die Gender Studies richtungsweisend. Denn zum einen ist diese Aufschlüsselung spezifischer als die Rede von Containerbegriffen oder symbolischem Klebstoff, da sie aufzeigt, was genau hier jeweils klebt und wie: als elementar erweisen sich Formen der Instrumentalisierung. Zum anderen demonstriert die Aufschlüsselung eindrücklich, wie überaus wichtig eine anti-islamische Haltung für das Gefüge Rechtspopulismus-cum-Kirche ist. Fügt man dem das Wissen um die Zentralität des Anti-Gender-Diskurses hinzu, erhält man eine intersektionale Verschränkung, für die ‚unheilig‘ wohl wirklich die treffendste Bezeichnung ist.

Sonja A. Strube, Rita Perintfalvi, Raphaela Hemet, Miriam Metze, Cicek Sahbaz (Hg.), 2021: *Anti-Genderismus in Europa. Allianzen von Rechtspopulismus und religiösem Fundamentalismus. Mobilisierung – Vernetzung – Transformation*. Bielefeld: transcript. 328 S., ISBN 978-3-8376-5315-1.

Anja Hennig, Mirjam Weiberg-Salzmann (Hg.), 2021: *Illiberal Politics and Religion in Europe and Beyond. Concepts, Actors, and Identity Narratives*. Frankfurt/M.: Campus. 558 S., ISBN 978-3-593-50997-6.

Ute Klammer, Lara Altenstädter, Ralitsa Petrova-Stoyanov, Eva Wegrzyn (Hg.)

Gleichstellungspolitik an Hochschulen. Was wissen und wie handeln Professorinnen und Professoren?

HEIKE MAUER

Hochschul-Governance, Prekarität im Mittelbau, Gender Pay Gap – all dies sind Themen, die jüngst zum Gegenstand der geschlechterbezogenen Hochschul- und Gleichstellungsforschung gemacht wurden. Ebenso sind das Arbeitsumfeld von Gleichstellungsbeauftragten sowie die Geschlechterdynamiken in der unternehmerischen Hochschule vergleichsweise gut erforscht. Umso verdienstvoller ist es, dass *Ute Klammer, Lara Altenstädter, Ralitsa Petrova-Stoyanov* und *Eva Wegrzyn* eine bislang weitgehend unsichtbare, aber zweifelsohne zentrale Gruppe von Gleichstellungsakteur*innen an Hochschulen in den Fokus rücken: die Professor*innenschaft. Professor*innen werden als „Gatekeeper“ (17) betrachtet, die nicht nur „mit weitreichenden Entscheidungsbefugnissen“ (17) ausgestattet sind, sondern auch „Weichen für den beruflichen Weg des Nachwuchses ihrer Profession stellen können“ (17). Über welches Gleichstellungswissen sie verfügen, ob und wie sie dieses Wissen in aktives Gleichstellungshandeln überführen, wird durch 40 leitfadengestützte, problemzentrierte Interviews mit Professor*innen (17 Frauen, 23 Männer) an Universitäten in Nordrhein-Westfalen analysiert, die mit einer rekonstruktiven Methodik ausgewertet wurden. Um verschiedene Perspektiven einzubeziehen, gehören die Interviewten verschiedenen Fachrichtungen (MINT, Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Sprach- und Kulturwissenschaften) an und verfügen zum Teil über Erfahrung in der Leitung eines Projektes der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).

Nach den einführenden Kapiteln, die u.a. zentrale Begrifflichkeiten, den aktuellen Kontext von Gleichstellungsarbeit, theoretische Zugriffe sowie das Forschungsdesign erläutern, beginnt der Hauptteil mit einer systematischen Kartierung des für Hochschulen relevanten, rechtlichen Gleichstellungsrahmens. Hierzu zählen neben den allgemeinen gleichstellungspolitischen Vorgaben nach EU-Recht das Hochschul- und Gleichstellungsrecht auf Bundes- und Landesebene sowie die individu-